

Riedauer Zeitung.

Donnerstag den 5. Jänner

1865.

Die „Krautauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnement-Preis für Krautau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 33 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr.

IX. Jahrgang

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierseitige Petitezeile 5 Mkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Mkr., für jede weitere 3 Mkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mkr. — Insertat-Bestellungen und Gelder übernimmt **Carl Budweiser**. — Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement auf das mit dem 1. Jänner d. J. begonnene neue Quartal der

„Kraauer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1865 beträgt für Kraau 3 fl., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Kraau mit 1 fl., für auswärts mit 1 fl. 35 Kr. berechnet.

Muthlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben dem Major im Prinzen Eugen von Savoyen 1. Dragoner-Regimente, Heinrich Grafen Herberstein, die f. f. Kämmererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.
Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 12. December v. J. dem Oberamtsdiener zu Innsbruck, Joseph Daxer, in Anerkennung seiner vieljährigen erspriesslichen Dienstleistung, tarfrei den Titel eines kaiserlichen Rathes allergnädigst zu verleihen geruht.
Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 17. December v. J. dem Bootsmann des Centralhafen- und Seefanitätsamtes in Zengg, Peter Rubinich, in Anerkennung seiner verdienstlichen Leistungen, das silberne Ver-

Nichtamtlicher Theil.

Kraßau, 5. Jänner

Wir brachten gestern nach der „Wien. Ztg.“ zwei
kaiserliche Handschreiben, eines an den Metropoliten
von Karlowitz, in welchem die Einberufung des ser-
bischen National - Congresses und der Synode griech.-
orientalischer serbischer Bischöfe nach Karlowitz bewil-
ligt, und ein zweites an den siebenbürgischen Bischof
Schaguna, durch welches eine selbstständige, der serbi-
schen coordinirte Metropolie für die griechisch-orienta-
lischen Rumänen in Siebenbürgen und Ungarn her-
gestellt, und Bischof Schaguna zum Metropoliten er-
nannt wird. Die „Gen. Corr.“ bringt darüber fol-
gende instructive Bemerkungen: „Die Handschreiben
bilden eine Epoche in der Geschichte der griechisch-
orientalischen Serben und Rumänen Österreichs. Den
Rumänen dieses Bekenntnisses ist ihr sehnlichstes Stre-
ben nach einer selbstständigen hierarchischen Stellung
endgültig gewährt und die höchste Kirchenwürde in
der neuen Metropole dem Manne verliehen worden,
welcher mit richtigem Verständniß die Bedürfnisse
seiner Glaubens- und Stammesgenossen erkannt und
die Befriedigung derselben stets auf einem Wege ge-
sucht hat, der mit der Richtung der allgemeinen In-
teressen unseres Vaterlandes zusammentrifft. Den
Serben ist seit dem Jahre 1791, und da der dama-
lige Congreß von Temesvar ohne directe Folge ge-
blieben ist, eigentlich seit dem Jahre 1769 wieder die
Möglichkeit gegeben, sich in ihrer althergebrachten na-
tionalen Versammlung über ihre Angelegenheiten, so-
weit dieselben Kirche, Schule und Fonds betreffen,
zu berathen und ihre Wünsche in der ihren Privile-

gien entsprechenden Weise an die Stufen des Thrones gelangen zu lassen. Das Berathungsprogramm des bevorstehenden National-Congresses, soweit es bisher die allerhöchste Bewilligung erhalten hat, ist sehr reichhaltig. Einestheils umfaßt es eine Reihe von Angelegenheiten, welche in das gesammte kirchliche und volksthümliche Leben eingreifen, als da sind: Organisirung der Pfarrgemeinden, Feststellung des Einflusses derselben auf die Bestellung der Seelsorger und Lehrer, Regelung des Schulwesens, Normirung der Verwaltung der Nationalfonds, Reduction und entsprechende Dotation der Pfarren u. s. w. Andertheils ist dem Congresz die Bornahme des letzten Vutes zugewiesen, welcher nothwendig ist, um die hierarchische Trennung der zwei seit mehr als einem Jahrhundert unter Einer kirchlichen Leitung verbundenen und jetzt nach beiderseitigem Willen scheidenden Ge- nossen zu vollenden. Die Karlowitzer Metropolie in Ungarn, Kroatien und Slavonien mit Inbegriff der Militärgränze besitzt nicht unbedeutende Fonds, deren Erträgnisse bisher für kirchliche Zwecke sowohl der Rumänen, als der Serben verwendet wurden. Aus diesen soll jener Antheil ausgeschieden werden, welcher bei Herabsetzung eines Unterthurneins groß ist.

Der „Presse“ wird aus Berlin, 1. d., geschrieben. Bei Hofe soll abermals ein Umschlag der Stimmen gegen den Herzog von Augustenburg stattgefunden haben. In Regierungskreisen erzählt man, der König habe sich über die Erbansprüche seines Hauses Vortragen lassen, und die Ausführungen über das preußische Erbrecht auf Schleswig-Holstein seien ihm plausible erschienen, daß er allen Verfugungen der Minister bezüglich der Wirksamkeit des Kronsyndicats die Billigung ertheilte. Aus diplomatischen Regionen erfahren wir, daß die „Wendung“ auch einer österreichischen Note zugeschrieben werden darf, welche Graf Karolyi noch vor seiner Abreise nach Paris im Auswärtigen Amte mitzutheilen in der Lage war und die hier empfindlich berührte. Man fügt hinzu, daß mit der Pression des Wiener Cabinets die den preußischen Forderungen widerstrebende Haltung des Herzogs Friedrich gleichen Schritt halte. Aus seiner Umgebung wird hieher geschrieben, daß man früher alles um nichts hergegeben hätte, daß man sich aber jetzt in Geduld fassen und die bundesmäßige Lösung abwarten wolle.

Nach dem „Mem. dipl.“ lassen die Unterhandlungen

Nach dem „Mem. dipl.“ lassen die Unterhandlungen, welche zwischen Österreich und Preußen in Bezug auf die schleswig-holsteinische Erbschaftsfrage in Gang sind, die Regelung derselben binnen wenigen Wochen hoffen. Österreich bestreite Preußen nicht das Recht, sich für die an den Herzog von Augusten

bereinkommen zusammenfinden. Dazu soll nun in der bevorstehenden Versammlung des Nationalcongres-
ses die Gelegenheit geboten werden. Dies ist zugleich
der Grund, weshalb auch die Rumänen, und zwar
zum leztenmal, zur Theilnahme am Congreß mitbe-
rufen worden sind.⁹

burg abgetretenen Rechte gewisse Vortheile als Compensation zu stipuliren. Allein Oesterreich will von diesen Concessions Alles fern halten, was ein directer oder indirecter Eingriff in die souveräne Unabhängigkeit des neuen Bundesstaates wäre. So z. B. würde es nicht einwilligen in die Befugnisse, Matrosen aufzukehren, was eine der Gardekommanden des Landes

= und David wünsche, weil sie ihm in der Verfassungsfrage als zu liberal erscheinen, ist eine tendenziöse Erfindung.

Gegenüber den verschiedenen Gerüchten über die Zwecke der letzten Berliner Reise des Prinzen Wilhelm von Hanau (dritten Sohnes des Kurfürsten von Hessen) geht der „Allg. Ztg.“ die Versicherung zu, daß der Prinz „lediglich zu seinem Vergnügen“ die Reise nach Berlin unternommen hatte.

Als Beispiel, in welcher Richtung die Encyclica in Frankreich besprochen wird, mag ein Ausspruch des "Moniteur de la Côte-d'Or" citirt werden, welcher die Encyclica als den kürzesten Weg von Florenz nach Rom bezeichnet.

Die Mission des Herrn Mon nach Paris, schreibt man der „G.-C.“ aus Madrid, hatte den Zweck, die kaiserliche französische Regierung dazu zu bewegen, die Vermittlung eines friedlichen Abkommens zwischen Spanien und Peru zu übernehmen. So versichert man hier in diplomatischen Kreisen und fügt hinzu, daß Cabinet der Tuilerien erweise sich nicht abgeneigt, dieser Aufgabe sich zu unterziehen, obgleich dieselbe für Frankreich um so schwieriger sich gestaltet, als es von Anfang an in dem spanisch-peruanischen Conflicte sich mit Entschiedenheit auf die Seite Spaniens gestellt hatte und also möglicherweise von Peru gar nicht als neutrale Macht betrachtet wird. Gleichwohl scheint man hier die Hoffnung zu hegen, daß es der französischen Regierung gelingen werde, noch in der zwölften Stunde den Ausbruch des Krieges in Südamerika, der voraussichtlich nicht blos ein spanisch-peruanischer bleiben wird, zu verhindern.

Aus Madrid wird berichtet, das spanische Cabinet bezwecke die Anerkennung Italiens; dies sei der Grund, weshalb die Generale Pavia und Pezuela ihre Entlassung einreichten.

Der Pariser Correspondent der „Post“ schreibt:
Nach Depeschen, die an eine Macht gelangt sind, deren Vertreter, gleich seiner Regierung, ein Freund Englands ist, glaube ich schließen dürfen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten und seine Räthe-geber auf eine Politik lossteuern, wodurch zuletzt alle freundlichen Beziehungen zur englischen Regierung abgebrochen werden müssen. Wenn ich recht berich-tet bin, werden die Ereignisse bald zeigen, daß diese Erwartungen nicht unbegründet sind. (Der „Post“-Correspondent ist sehr geneigt, sich von den in Paris zahlreichen Agenten des Südens unterrichten zu lassen. Die Nachricht, obwohl möglicherweise begründet, ist daher mit Vorsicht aufzunehmen).

Der „Examiner“ äußert ebenfalls einige Unruhe über die Beziehungen Englands zu Amerika. Er billigt die Wiederverhaftung der Raubzügler von St. Albans, bedauert aber, daß man in Newyork und Washington die Maßregel gewiß als ein dem Geschrei der nordstaatlichen Republikaner gemachtes Zugeständniß ansehen, und daß in Folge davon der amerikanische Uebermuth steigen werde. Eine Eroberung Canadas durch die Vereinigten Staaten würde auch den Süden freuen und vielleicht mit dem Norden aussöhnen.

Dem "Pays" gehen Nachrichten aus Tunis zu, denen zufolge der lezte, vom Telegraphen mitgetheilte Empörungs-Versuch gescheitert ist. Die Araber vom Stämme der Ounifas, die beim Beginne der Revolte den General Tartat getötet haben, griffen, 4000 an der Zahl, das Lager des Generals Rostam an, aber nach einem sechsständigen Kampfe wurden sie genossen und sich zurückzuziehen.

Haib-Haib, der Gouverneur von Tetsuan, welcher auf Anstehen der französischen Regierung ins Gefängniß geworfen worden war, ist wieder in Freiheit gesetzt worden. Man schreibt dies den vom französischen Gesandten zu seinen Gunsten beim Kaiser von Marokko gethanen Schritten zu.

Aus Saigon soll angeblich folgende, falls sie sich bestätigt, sehr wichtige Nachricht in Paris angelangt sein. Kaiser Tu Duc, der bekanntlich keine Kinder hat, soll den Kaiser Napoleon zu seinem Erben ernannt haben und ihm nach seinem Ableben das Eigenthum seiner sämmtlichen Staaten und Besitzungen eingeräumt haben, unter der Bedingung, daß Napoleon III. verschiedene, ausdrücklich bezeichnete Lasten übernimmt.

Nach dem „Mem. dipl.“ wird sich Baron Hochhestens in einer den Abschluß eines österreichisch-französischen Handelsvertrages betreffenden Sendung nach Paris begeben. Derselben Quelle zufolge ist es mehr als wahrscheinlich, daß die commerciellen Unterhandlungen zwischen dem französischen und dem österreichischen Cabinet in Paris concentrirt sein werden.

Auch der „Gaz“ hat jetzt in der erwähnten Poßberg, Istrien, Görz und Triest. Nach dem Grundgesetz des Posener polnischen Blattes mit den in Brüssel erscheinenden Blatt der Mieroslawski-Kurzynschen Partei das Wort ergriffen, indem er vorerst sich auf die Mittheilung der letzteren verdammenden Brüsseler Correspondenzen des „Dziennik polski“ bekräftigt. Der indirecte Ladel der in der Reproduction der Artikel liegt, wird dort durch die Bemerkung verstärkt, daß jene Personen von ihrem Ort aus sicher sind, daß bei dem allgemeinen Schweigen und der Lage Polens niemand ihnen die Maske der Heuchelei und des Eigennutzes abreißen wird.

Die „Gazeta Narodowa“ vom 3. d. widmet ihren Leitartikel den polnischen Abgeordneten im Reichsrath und kommt zu dem Resultat, daß die Polen aus dem Reichsrath nicht ausscheiden sollen. Vor dem Zusammentritt des Reichsraths, sagt dieselbe, hat die öffentliche Meinung sich gegen die Theilnahme der polnischen Abgeordneten im Reichsrath ausgesprochen. Diese Ausscheidung sollte eine Antwort auf die Schritte der Regierung in Galizien sein. Trotzdem begaben sich die Polen nach Wien. Gegenwärtig spreche sich die öffentliche Meinung wieder für das Zurücktreten der Reichsrathsmitglieder aus und die Abgeordneten schwanken, was sie thun sollen, indem sie sich zu dem lehren hinneigen. Die „Gaz. Narod.“ meint, die polnische Journalistin müsse Angesichts dieser Eventualität das Schweigen brechen. Wir sind keine Anhänger passiver Politik, sagt sie, aber eine Politik politischer Demonstrationen angehts Europa's zu beobachten, geht wahrlich nicht an in unserer Lage nach so vielen bitteren Erfahrungen. Wir müssen im Geiste unserer Abgeordneten zum Vorwurf machen, heißt es weiter, daß sie ihre Pflichten vernachlässigen, daß sie nie im Reichsrath vollständig erscheinen, daß immer die Hälfte auf Urlaub weilt und bei vielen Mitgliedern die ganze Thätigkeit sich auf Debatten und Altercationen beschränkt u. s. w. Wir fordern also unsere Abgeordneten auf — schließt das Blatt — den Reichsrath nicht zu verlassen, sondern aus ihrer Anwesenheit dort Nutzen zu ziehen. Auszuscheiden und thatenlos dann Alles auf's Spiel zu legen, ist leicht; aber arbeiten, ausharren, vor gar nichts sich beugen und von dem Standpunkte, zu dem was immer für ein Gesetz Gelegenheit darbietet, nach Möglichkeit Nutzen zu ziehen, das soll in jegiger Lage die Aufgabe der Polen sein. Wir erklären offen diese unsere Überzeugung, denn es ist nicht genug, Muth angehts der Regierung zu haben, man muß ihn auch angesichts der öffentlichen Meinung haben, wenn man diese für irrig ansieht. (So weit die „Gaz. Nar.“ Wir sind besonders mit dem Schluß ihres Artikels vollkommen einverstanden, bedauern aber, daß das Blatt so spät zu der unabsehbaren Einsicht kommt, den Muth der öffentlichen Meinung gegenüber an den Tag zu legen. Warum hatte die „Gaz. Nar.“ nicht früher den Muth, gegen die verderblichen, politischen Umtriebe, die das Land in's Unglück stürzten, öffentlich aufzutreten? Die Ned.)

Krakau, 5. Jänner.

Laut Mittheilung des Kaiserl. Generalconsulats in Warschau hat die russische Regierung die Auslieferung nachgefordert, die das Land in's Unglück stürzten, öffentlich aufzutreten? Die Ned.)

1. Franz Mendrek aus Dembowice, verurtheilt zu dreijähriger Eintheilung in die Civilstrafcompagnien in der Festung Iwangorod; 2. Joseph Dembowksi aus Dembowice, zu derselben Strafe wie der Vorige verurtheilt; und 3. Anton Filipowski aus Krakau, verurtheilt zur Aufiedlung in Sibirien.

Ferner wurde auch der Befehl zur Auslieferung des als Unterleutenant I. Classe mit Beibehalt des Offizierscharakters quittirten Mieczislaus v. Skolski aus Lemberg erwartet, welcher zur 8järrigen schweren Arbeit in Sibirien verurtheilt war.

Am 2. d. wurde hier die Frau Prinzessin Louise Neuß-Köstritz, geb. Prinzessin Neuß-Greiz, von einer gesunden Tochter glücklich entbunden.

Der frühere Minister Baron Hübner ist von Paris hier angekommen.

Beim dänischen Vertreter, Herrn v. Bille, findet heute ein diplomatisches Diner statt, welchem unter Anderen auch der Herzog von Gramont anwohnen wird.

Ein aus Linz vom 3. d. Mts. datirtes Telegramm des „Botschafter“ zeigt die Wahl des Herrn Anton Wurm zum Landtagsabgeordneten für den Landbezirk Nied an.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Samstag tritt der Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses zum ersten Male nach den Weihnachtsferien wieder zusammen, um über die bis dahin eingelangten Butget-Referate seiner einzelnen Mitglieder Beschluß zu fassen. Gedruckt liegen bereits vor: das Referat über Einnahmen aus dem Mauth- und Punzirungsgefälle, erstattet vom Abgeordneten Ingram, und jenes über Einnahmen aus den direkten Steuern vom Abgeordneten Wurzbach. Im Druck befinden sich noch und werden erst in den nächsten Tagen erscheinen: das Referat des Abgeordneten Tischel über das Capitel: Staatsministerium, politische Verwaltung und jenes des Abgeordneten Winterstein über die Ausgaben für Zinsen und Staatsschuld und Schuldentlastung.

Die nächste Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses findet Montag, den 9. Jänner, statt. Auf der Tagesordnung derselben stehen: 1. Schriftführergewahl. 2. Ausschußbericht über die Regierungsvorlage, betreffend die Aufhebung des §. 262 der Zoll- und Staatsmonopols-Ordnung. 3. Ausschußbericht über die Regierungsvorlage, betreffend die in den Höfen der österreichischen Seeflüsse zu zahlenden Tonnen-, See-sanitäts- und Contumaz-Gebühren.

Nach einem eben ausgegebenen Verzeichnisse zählt das Abgeordnetenhaus gegenwärtig 204 Mitglieder, und zwar 44 aus Böhmen, 5 aus Dalmatien, 31 aus Galizien, 18 aus Niederösterreich, 10 aus Oberösterreich, 3 aus Salzburg, 12 aus Steiermark, 4 aus Kärnten, 6 aus Krain, 5 aus der Bukowina, 26 aus Siebenbürgen, 18 aus Mähren, 6 aus Schlesien, 8 aus Tirol und je zwei aus Vorarl-

und in der Militär- und Budgetfrage das Entgegenkom-

men der Regierung abwarten, jedoch nichts thun, was die Schritte der Regierung, welche auf eine Verständigung abzielen, irgendwie erschweren könnte. Die Stellung der eigentlichen Fortschrittspartei ist durchaus unbestimmt, und es muß sich nun zeigen, ob gerade in ihrer Mitte eine solche Geneigtheit zu einem Compromisse herrscht, wie zuweilen von der ministeriellen Presse angedeutet worden.

Die in Leipzig erscheinende großdeutsche Zeitung „Der Adler“ hat mit Neujahr aufgehört.

Kraufreih.

Paris, 3. Jänner. Die Kaiserin nimmt am 9. d. ihre Montags-Soviren wieder auf. Die Erneuerung des Prinzen Napoleon zum Mitglied und Vice-Präsidenten des Geheimen Rates erregt großes Aufsehen als eine anti-clerical Maßregel. — Rigaud und Rothschild konferten gestern wegen einer italienischen Finanz-Operation. Die neueste Note Drouyn's an Sartiges wird im heutigen Gelbbuche erscheinen.

Ein Pariser Correspondent der „M. Fr. Presse“ will wissen, daß die seit einiger Zeit periodischen Unpaßlichkeiten der Kaiserin Eugenie und deren bevorstehende Reise nach Nizza ihren Grund in einer für die Napoleonische Dynastie sehr interessanten und erfreulichen Hoffnung ihren Grund haben.

Spanien

Laut einer Madrider Mittheilung des „International“ sind nachstehende Vergleichspunkte der Regierung von Peru von dem Ministerium Narvaez in definitiver Weise vorgeschlagen worden:

1) Die Peruaniische Regierung schick nach Madrid einen hochgestellten Diplomaten, welcher in feierlicher Weise erklärt wird, daß dieselbe den Anschlag der Behörden von Callao, den Sekretär des spanischen Commissars ins Brecher-Colonie einen großen Theil besteuerte, entgegentreten ist, keinen bedeutenden civilisatorischen Einfluss auf sie üben konnte, wird man gewiß nicht den Eingeborenen allein zur Last legen dürfen. Sie sind nun als von der Erde verschwunden zu betrachten. Als Wilde wurden sie angetroffen, als Wilde leben sie und als Wilde sind sie verschollen.

Italien.

In Turin ist davon die Rede, daß General Gialdini an die Spitze des neuen Ministeriums statt des Generals Lamarmora berufen werden soll, welcher dann den, ob seiner offen und fast demonstrativ zur Schau getragenen religiösen Gesinnung in der Armei viel angefeindeten gegenwärtigen Kriegsminister, General Petitti ersetzen würde, der hierauf ehrenhalber mit einem anderen Ministerposten beauftragt wird. Einrechnung des neuen Ministers, General Aungioletti, den vierten General im Schoße des nächstzuwartenden Ministeriums abgeben würde. Ebenso gewinnt das on dit immer mehr Noden, daß die Turiner französische Gesellschaft in Välde zu einer Gesellschaft erster Classe erhoben werden dürfte, und daß sodann der jeige französische Gesandte, Baron Malaret, und jener in Berlin, Herr v. Benedetti, ihre Plätze gegenseitig vertauschen würden, wobei zu bemerken ist, daß letzter bereits erklärt haben soll, nur in Florenz selbst seinen neuen Sitz aufzuschlagen zu wollen. — Aufsehen macht dort seit zwei Tagen ein vom republikanischen Blatte „Il Dovere“ in Genua veröffentlichter Brief des Giuseppe Mazzini, der unter verbitterten und leidenschaftlichen Sarkasmen jene Mitbegründer und Abonnenten dieses seines Organes, welche mit den Abonnementsgeldern für dasselbe noch immer im Rückstande sind, an ihre Schuld und Pflicht erinnert.

In Florenz steht ein scandalversprechender Prozeß bevor. Es handelt sich um den famosen Capitan Garibaldi's, den sogenannten „Fra“ Pantaleo, welcher früher in Klostertracht, an der Seite des „Einfiedlers von Caprera“, gerne die fanatisirende Rolle eines Pater von Amiens spielen wollte und seitdem er nach dem ernüchternden Aspromontetage, jenen Anzug mit den Kleider eines Modegecken vertrat, hat sich selbst und seine banalen und aufreizenden Declamationen durch ganz Italien von Stadt zu Stadt colportirt. Seine Hauptforce besteht darin, da ihm überall zu einem nur einigermaßen geregelter Vortrage im geschlossenen Räumen das Talent und jegliches Publicum fehlen, von irgend einem Straßentwinkel aus die vorübergehende Menge plötzlich und zu dringlich in cynischer Weise zu haranguiren. Es ist nun vom königlichen Procurator angeklagt, bei einer solchen Volksansprache in unserer Stadt, so wie in dem von ihm gelegentlich seines förmlichen Austrittes aus dem religiösen Orden veröffentlichten, an Blasphemien reichen Sendschreibens Dinge vorgebracht zu haben, die ebenso aufrührerisch als geradezu gegen die Grundgesetze der Verfaßung gerichtet erscheinen.

Cardinal d'Andrea hat an den „Independenten“ von Neapel folgendes Schreiben gerichtet: Sie haben in ihrem Journale einen mich persönlich betreffenden Artikel aus dem „Tempo“ abgedruckt. Derselbe scheint mir eher von poetischer Freiheit als von der Bedachtheit eines ernsten Schriftstellers dictirt und ich bitte Sie daher, als Antwort an den Verfasser jenes Artikels, Herrn Erdan, meine Erklärung aufzunehmen, daß das jährliche Einkommen von 180.000 Livre, welches ich nach seiner Angabe haben soll, mir sehr gelegen käme, nicht um Gold und Silber aufzuhäufen, was nie meine Absicht war, sondern um berühmte Schriftsteller zu unterstützen und Bücher für meine Bibliothek anzuschaffen, die, weil es mir an Mitteln fehlt, viele interessante Werke entbehrt.

Außland.

Am Neujahrtage war große Cour beim Statthalter Grafen Berg im königlichen Schloß. Es stellten sich vor der Administration- und Staatsrat, die Geistlichkeit aller Confessionen, die Beamten der ersten vier Classen, die Hofbeamten, der Landescreditverein, die Hauptschule, Gutsbesitzer und Bürger, dann die ausländischen Consuln. Später war bei

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 4. Jänner.

Ihre Maj. Kaiser Ferdinand und Kaiserin Maria Anna haben für die Abgebrannten in Stora (Südtirol) 500 fl. gespendet.

Die wie gemeldet, gestern in Brandeis verstorbenen kaiserliche Hoheit verwitterte Großherzogin Maria Ferdinanda von Toscana war eine geborene königliche Prinzessin von Sachsen. Die Verewigte war am 27. April 1796 als die Tochter des weiland Prinzen Maximilian aus dem königlichen Hause Sachsen geboren, Schwestern des jetzt regierenden Königs von Sachsen und zweit Gemalin des im Jahre 1824 verstorbenen Großherzogs Ferdinand III. von Toscana, kaiserlichen Prinzen von Österreich.

Der Palast des Erzherzogs Wilhelm, welchen der Architekt Hansen neben dem Gebäude der Gartengesellschaft baut, wird mit jener künstlerischen Pracht hergestellt, welche man noch hute an den alten italienischen Palästen bewundern. Den Mittelteil einer Baugruppe bildet, ist der selbe von zwei Zinshäusern eingeschlossen, die mit dem Hauptobjekt bezüglich der Fassaden in Übereinstimmung gebracht werden. Die Mittelgruppe des Palastes gliedert sich in 4 Stockwerke, während die Seitenflügel um eine Etage weniger enthalten. Die Fassade wird von kostbarem Marmor hergestellt. Drei Einfahrtstüre führen in ein geräumiges Vestibül in einem mit Glas eingedeckten Hofraum, der von allen vier Seiten von offenen Marmorthallen eingeschlossen ist. Diese kupfersormig gewölbten Hallen sind in rundbogige Arkaden gegliedert, welche von breiten, durch vorgelegte Halbsäulen verstärkten Pfeilern getragen werden. Die Anordnungen von Arkadenbögen mit Säulen wiederholen sich dann im zweiten Stockwerke. In der Mitte des Hoffaumes führt links eine breite, reich geschmückte Marmorstiege in die Gemächer des zweiten Stockwerkes, bestehend aus Wohn- und Arbeitszimmern, einer Kapelle, Bibliothek, Gallerie, zwei Empfangszälen und einem Speisesaale u. s. w. Der erste und zweite Mezzanine, 1. und 2. Stock, ist für den Hofstaat Sr. k. Hoheit bestimmt. Zu ebener Erde befindet sich unter andern der Stall, die Wagenremise und sonstige Nebenlocalitäten; im Keller ausgedehnte Räumlichkeiten für die Küche.

Am 2. d. wurde hier die Frau Prinzessin Louise Neuß-Köstritz, geb. Prinzessin Neuß-Greiz, von einer gesunden Tochter glücklich entbunden.

Der frühere Minister Baron Hübner ist von Paris hier angekommen.

Beim dänischen Vertreter, Herrn v. Bille, findet heute ein diplomatisches Diner statt, welchem unter Anderen auch der Herzog von Gramont anwohnen wird.

Ein aus Linz vom 3. d. Mts. datirtes Telegramm des „Botschafter“ zeigt die Wahl des Herrn Anton Wurm zum Landtagsabgeordneten für den Landbezirk Nied an.

Deutschland.

Die „Wes.-Ztg.“ schreibt aus Kassel vom 1. d.: Der Privatier Wachsfeld hat gestern die Erlaubnis zum Fortbau des von ihm begonnenen Reichshauses erhalten. Wie wir vernnehmen, hatte der Minister Rhode die Absicht, aus dieser Angelegenheit eine Cabinetsfrage zu machen; auch hinsichtlich der bisher nicht erwähnten Genehmigung zur Vorlage eines Gesetzeswurfs über die Verkoppelung der Grundstücke soll dieselbe Absicht vorliegen.

Aus Berlin, 3. d., wird gemeldet: Se. Majestät der König wird den Landtag persönlich eröffnen. Nach der „3. C.“ werden dem Landtag außer den Finanzgegenen nur Vorlagen von praktischem Interesse gemacht werden.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet in einer rheinländischen Correspondenz, der Cultusminister habe dem Protest der Weseler Kreishypothek gegen den Anspruch des Bischofs von Paderborn, in seinem Sprengel auch Oberhaupt der Protestantischen zu sein, zugesagt und hinzugefügt: die evangelischen Unterthanen Preußens dürfen versichert sein, daß die Staats- und Staatsmonopols-Ordnung. 3. Ausschußbericht über die Regierungsvorlage, betreffend die in den Höfen der österreichischen Seeflüsse zu zahlenden Tonnen-, See-sanitäts- und Contumaz-Gebühren.

Nach einem eben ausgegebenen Verzeichnisse zählt das Abgeordnetenhaus gegenwärtig 204 Mitglieder, und zwar 44 aus Böhmen, 5 aus Dalmatien, 31 aus Galizien, 18 aus Niederösterreich, 10 aus Oberösterreich, 3 aus Salzburg, 12 aus Steiermark, 4 aus Kärnten, 6 aus Krain, 5 aus der Bukowina, 26 aus Siebenbürgen, 18 aus Mähren, 6 aus Schlesien, 8 aus Tirol und je zwei aus Vorarl-

und in der Militär- und Budgetfrage das Entgegenkommen der Regierung abwarten, jedoch nichts thun, was wenn Demand einen farbigen Knaben verstimmt, ihm Ohren und Nase abtrennt, oder einem Eingeborenen kleinen Finger abtrennt, um letzteren als Peitschenstock zu gebrauchen. Zur Zeit des Gouverneurs Davey, um das Jahr 1815 stand die Gewohnheit, auf die Eingeborenen zu feuern, wieder in voller Blüthe; die Kinder wurden gestohlen, die Frauen auf schändbare Weise mishandelt. Mit dem Amtsantritte des Gouverneurs Arthur, verschlimmerten sich die Zustände wo möglich noch; die Harmlosigkeit der Eingeborenen verwandelte sich in das entgegengesetzte Gefühl und es folgte Rache und Gegenrache in steter Reihenfolge. Gouverneur Arthur fasste den Plan, offen einen Krieg gegen den Negerstamm zu beginnen, hielt aber kaum mit der Ehre des Soldaten vereinbar, das Project vor den Feinden sorgfältig verborgen. Mit 5000 Mann überfiel er die 1500 bis 2000 Wilden, um sie auf die Halbinsel zurückzudringen, aber der Plan mißlang in lächerlicher Weise. Die Zahl der weißen Soldaten schwand und schwand, nicht durch Kämpfe, sondern durch massenhaftes Ausreisen. Das Ende des Krieges war die Gefangennahme zweier Eingeborenen und die Verwundung eines Soldaten. Eine andere Taktik kam nun in Anwendung. In einzelnen Schaaren wurden die Ureinwohner abgefangen und auf die Glindersinsel transportiert, welche zwischen 1835 und 1845 die letzten Reste des Stammes aufnahm. Stimmen ließen sich zwar vernehmen, welche die Einsperrung der wanderlustigen Neger auf einem kleinen Eiland verurtheilten, aber nichts geschah. Wie propehzeit worden war, ist das Eiland die Grabstätte des Stammes geworden. Daß die specielle Art von europäischer Cultur, welche den einstigen Alleinbesitzern Tasmaniens in den fremden Eindringlingen, zu denen die Verbrecher-Colonie einen großen Theil beisteuerte, entgegentreten ist, keinen bedeutenden civilisatorischen Einfluss auf sie üben konnte, wird man gewiß nicht den Eingeborenen allein zur Last legen dürfen. Sie sind nun als von der Erde verschwunden zu betrachten. Als Wilde wurden sie angetroffen, als Wilde leben sie und als Wilde sind sie verschollen.

Ein Pariser Correspondent der „M. Fr. Presse“ will wissen, daß die seit einiger Zeit periodischen Unpaßlichkeiten der Kaiserin Eugenie und deren bevorstehende Reise nach Nizza ihren Grund in einer für die Napoleonische Dynastie sehr interessanten und erfreulichen Hoffnung ihren Grund haben.

Großbritannien.

Unter den Gästen, die zu einem Feste des Gouverneurs Horbartown geladen waren, erschien der Leute der Tasmanier, der einzige noch auf Erden wandelnde männliche Sohn der Ureinwohner von Vandiemensland. Zwar begleiteten ihn noch drei Stammesgenossen, außer ihm die alleinigen Überbleibsel der Ureinwohler; aber weder ihr Alter noch ihre physische Erscheinung würde die Erwartung einer zukünftigen Vermehrung gerechtfertigt haben. Jener dunkle Gast ist als der letzte seines Stammes anzusehen. Was die eingeborenen Insulaner der Civilisation entgegenführen sollte, hat sie dem Untergang geweiht. Seitdem sie zuerst mit den Weißen in Berührung kamen, haben sie begonnen Rückzüge in ihrer Zahl zu machen, ohne es zu fortsetzen in der Cultur bringen zu können. Noch im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts wurde die Ureinwohler der Vandiemens-Inseln oder Tasmaniens, um den neueren Namen zu gebrauchen, durch dessen Annahme die weißen Ansiedler die Erinnerung an die frühere Verbrechercolonie tilgen wollten, auf 4000 bis 5000, von anderen gar auf 7000 Köpfe berechnet. Selbst die niedrigere Schätzung angenommen, bleibt doch die Kluft, welche zu überblicken ist, weit genug. Wie der Stamm allmählig seinem verderblichen Geschick anheimgefallen ist, schildert der in Hobartown erscheinende Mercury in einem historischen Abriss. Dieser Darstellung zufolge waren die Ureinwohner durchaus harmlose Wesen, eine Eigenschaft, die sie jedoch vor dem Frevelmuth der Weißen nicht schützte. Im Jahre 1810 sah der Gouverneur Collins sich schon zum Erlass einer Orde genötigt, laut dem ein jeder, der ohne Grund auf die Eingeborenen feuere oder sie kalten Blutes ermorde, der höchsten Strafe des Gesetzes verfallen solle. Geringere Gewaltthaten aber wurden kaum gestraft. Statthalter großes Diner.

Amtsblatt.

N. 24413.

Edict.

(1337. 2-3)

Vom f. k. Krakauer Landesgerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Herrn Dr. Valerian Michaleczewski unbekannten Aufenthaltes Herr C. Rimler unterm 22. Dezember 1864 Z. 24413 eine Wechsel-Klage wegen Zahlung von 500 fl. ö. W. f. N. G. angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber der Zahlungsauftrag am 27. Dezember 1864 Z. 24413 erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das f. k. Landesgericht zu Krakau in Vertretung und auf des Belangten Gefahr und Kosten den hiesigen Adv. Dr. Witski mit Substitution des Herrn Adv. Dr. Korecki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach Wechselrecht verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem f. k. Landesgerichte anzusegnen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

na dzień 3 marca 1865 o godz. 10 przed południem odroczonym zostało.

Gdy miejsce pobytu pozwanego Walentego Nalepy nie jest wiadome, przeto ces. król. Sąd delegowany miejski w celu zastępowania pozwanego, jak również na koszt i niebezpieczeństwo tegóz tutejszego Adwokata p. Dra. Rydzowskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego sumarycznego przeprowadzony będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w zwyczaju oznamionym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrał, i o tem ces. król. Sędziowi delegowanemu miejskiemu doniósł — w ogóle zaś aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniechania skutki sam sobie przypisać musiały.

Kraków, 17 grudnia 1864.

N. 15522. Obwieszczenie.

na dzień 3 marca 1865 o godz. 10 przed południem odroczonym zostało.

Gdy miejsce pobytu pozwanego Walentego Nalepy nie jest wiadome, przeto ces. król. Sąd delegowany miejski w celu zastępowania pozwanego, jak również na koszt i niebezpieczeństwo tegóz tutejszego Adwokata p. Dra. Rydzowskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego sumarycznego przeprowadzony będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w zwyczaju oznamionym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrał, i o tem ces. król. Sędziowi delegowanemu miejskiemu doniósł — w ogóle zaś aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniechania skutki sam sobie przypisać musiały.

Kraków, 17 grudnia 1864.

N. 15522. Obwieszczenie.

Aus dem Rathe des f. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, 1. Dezember 1864.

Nr. 5661. Edict. (3. 2-3)

Vom f. k. Bezirksgerichte Biela wird kondemnirt, daß zur Vertheidigung der dem Herrn Andreas Homa von der Frau Johanna Ullmann gehörenden Forderung pr. 400 fl. ö. W. mit 5% Zinsen seit dem 1. Januar 1864, der Executionskosten pr. 5 fl. 57 kr. öster. Währ. und der gegenwärtigen im Betrage pr. 40 fl. 58 kr. öster. Währ. zuverkannten Executionskosten, welche Forderung auf den Realitäten Nr. 209 und 210 n. 34 und 25 on. intabulirt ist, die executive Teilteilung der laut Grundbuch Biela 11, Folio 233 und 235 der Frau Johanna Ullmann gehörigen Realitäten Nr. 209 und 210 bewilligt und dieselben in drei Terminen, d. i. am 16. Februar 1865, am 15. März 1865 und am 7. April 1865, jedesmal um 1 Uhr Vormittags abgehalten werden wird, den Austragsspreis bildet der SchätzungsWerth dieser beiden Realitäten Nr. 209 und 210 in Biela pr. 6118 fl. 53 kr. ö. W., unter welchen die obigen beiden Realitäten, welche vereint veräußert werden, an allen drei Terminen, nicht werden hintangegeben werden. Jeder Kaufstücker hat vor der Teilteilung z. Handen der Teilteilungskommission als Badium 10% des SchätzungsWerthes im runden Betrage pr. 612 fl. ö. W. im Baaren, oder in österreichischen Staatschuldschreibungen, oder in Pfandbriefen der galizisch-ständischen Creditsanstalt, letztere zwei nach dem aus der Krakauer Zeitung ersichtlichen letzten Tagescourse, welche zur Teilteilung mitzubringen ist, zu erlegen; das Badium des Erstehers wird zurückbehalten, den übrigen Leitanten aber sogleich rückgestellt werden. Die Kosten der Teilteilung und die dem Staatsschatz zukommenden Veränderungsgebühren hat der Erstehrer aus Eigenem ohne Vergütung aus dem Kaufschillinge zu tragen. Der Schätzungsatz, Grundbuchsatz und die Licitations-Bedingnisse können bei Gericht, der Ausweis der Steuern beim f. k. Steueramt eingesehen werden. Sollten jene Realitäten an obigen Terminen nicht an Mann gebracht werden, so wird zur Aufnahme erleichterter Bedingungen die Tagfahrt auf den 19. April 1865 um 11 Uhr Vormittags anberaumt, bei welcher sämtliche Hypothekengläubiger zu erscheinen haben, widrigens sie als dem Beiflisse der Mehrheit beigetreten angesehen würden. Von dieser Teilteilung werden die bekannten Gläubiger zu eigenen Händen, jene hingegen, denen der Licitationsbescheid rechtzeitig nicht zugestellt werden würde, oder welche nach dem 9. September 1864 in das Grundbuch gelangen sollten, und die unbekannten Gläubiger, durch den für dieselben bestellten Curator Herrn Advocaten Dr. Eisenberg und durch dieses Edict verständigt.

Biala, den 12. November 1864.

Nr. 16820. Edict.

(12. 2-3)

Vom f. k. Tarnower Kreis-Gerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Herrn Dr. Valerian Michaleczewski unbekannten Aufenthaltes, Herr C. Rimler unterm 22. Dezember 1864 Z. 24411 eine Wechselklage wegen Zahlung von 135 fl. ö. W. f. N. G. angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber der Zahlungsauftrag am 27. Dezember 1864 Z. 24411 erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das f. k. Landesgericht zu Krakau in Vertretung und auf des Belangten Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Herrn Dr. Witski mit Substitution des Hrn. Advocaten Dr. Korecki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach Wechselrecht verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem f. k. Landesgerichte anzusegnen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau am 27. Dezember 1864.

Nr. 24414. Edict.

(6. 2-3)

Vom f. k. Krakauer Landesgerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Herrn Dr. Valerian Michaleczewski unbekannten Aufenthaltes, Herr C. Rimler unterm 22. Dezember 1864 Z. 24414 eine Wechselklage pto. Zahlung von 500 fl. ö. W. f. N. G. angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber der Zahlungsauftrag am 27. Dezember 1864 Z. 24414 erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das f. k. Landesgericht zu Krakau in Vertretung und auf des Belangten Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Herrn Dr. Witski mit Substitution des Hrn. Advocaten Dr. Stojakowski mit Substitution des Hrn. Adv. Dr. Rutowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem f. k. Landesgerichte anzeseignen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau am 27. Dezember 1864.

N. 15135. Edict.

(1333. 3)

Vom f. k. Tarnower Kreisgerichte wird dem dem Leben und Wohnorte nach unbekannten Hyacint Pakoslawski oder Pekoslawski, s. wie dessen allenfalls dem Leben und Wohnorte nach unbekannten Rechtsnehmer, ferner dem Joseph Pakoslawski oder Pekoslawski und Hyacint Malanowski mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider dieselben die f. k. Finanz-Procuratur praceiw z miejsca pobytu niewiadomej Henryce Gurskiej o zapłaceniu sumy wekslowej 580 zł. und dem Hyacint Pakoslawski oder Pekoslawski oder z p. n. dla pozwanego kuratorem Adv. Dr. Rysejnym allsälligen Rechtsnehmer Joseph Pakoslawski oder bicki a zastępcą kuratora Adv. Dr. Zbyszewski Pekoslawski und Hyacint Malanowski in der anderen Gunsten der Masse nach Stanislaus Kozłowski erliegende Staatschuldschreibung dito. 1. October 1818 über 2541 fl. C. M. gerichtlich feilzubieten sub praes. 19. November 1864 Z. 15135 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber die Tagfahrt zur mündlichen Verhandlung auf den 30. März 1865 um 9 Uhr früh bestimmt wird.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das f. k. Landesgericht zu Krakau in Vertretung und auf des Belangten Gefahr und Kosten den hiesigen Adv. Dr. Witski mit Substitution des Adv. Dr. Korecki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach Wechselrecht verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem f. k. Landesgerichte anzeseignen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, 27. Dezember 1864.

Nr. 24412. Edict.

(4. 2-3)

Vom f. k. Krakauer Landesgerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Herrn Dr. Valerian Michaleczewski unbekannten Aufenthaltes, Herr C. Rimler unterm 22. Dezember 1864 Z. 24412 eine Wechsel-Klage pto. Zahlung 500 fl. ö. W. f. N. G. angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber der Zahlungsauftrag am 27. Dezember 1864 Z. 24412 erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das f. k. Landesgericht zu Krakau in Vertretung und auf des Belangten Gefahr und Kosten den hiesigen Adv. Dr. Witski mit Substitution des Adv. Dr. Korecki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach Wechselrecht verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem f. k. Landesgerichte anzeseignen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, 27. Dezember 1864.

N. 14018. Edykt.

(11. 2-3)

Durch dieses Edikt werden demnach die Belangen erin-

nert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem f. k. Kreisgerichte anzusegnen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Aus dem Rathe des f. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, 1. Dezember 1864.

Nr. 5661. Edict. (3. 2-3)

Vom f. k. Bezirksgerichte Biela wird kondemnirt, daß zur Vertheidigung der dem Herrn Andreas Homa von der Frau Johanna Ullmann gehörenden Forderung pr. 400 fl. ö. W. mit 5% Zinsen seit dem 1. Januar 1864, der Executionskosten pr. 5 fl. 57 kr. öster. Währ. und der gegenwärtigen im Betrage pr. 40 fl. 58 kr. öster. Währ. zuverkannten Executionskosten, welche Forderung auf den Realitäten Nr. 209 und 210 n. 34 und 25 on. intabulirt ist, die executive Teilteilung der laut Grundbuch Biela 11, Folio 233 und 235 der Frau Johanna Ullmann gehörigen Realitäten Nr. 209 und 210 bewilligt und dieselben in drei Terminen, d. i. am 16. Februar 1865, am 15. März 1865 und am 7. April 1865, jedesmal um 1 Uhr Vormittags abgehalten werden wird, den Austragsspreis bildet der SchätzungsWerth dieser beiden Realitäten Nr. 209 und 210 in Biela pr. 6118 fl. 53 kr. ö. W., unter welchen die obigen beiden Realitäten, welche vereint veräußert werden, an allen drei Terminen, nicht werden hintangegeben werden. Jeder Kaufstücker hat vor der Teilteilung z. Handen der Teilteilungskommission als Badium 10% des SchätzungsWerthes im runden Betrage pr. 612 fl. ö. W. im Baaren, oder in österreichischen Staatschuldschreibungen, oder in Pfandbriefen der galizisch-ständischen Creditsanstalt, letztere zwei nach dem aus der Krakauer Zeitung ersichtlichen letzten Tagescourse, welche zur Teilteilung mitzubringen ist, zu erlegen; das Badium des Erstehers wird zurückbehalten, den übrigen Leitanten aber sogleich rückgestellt werden. Die Kosten der Teilteilung und die dem Staatsschatz zukommenden Veränderungsgebühren hat der Erstehrer aus Eigenem ohne Vergütung aus dem Kaufschillinge zu tragen. Der Schätzungsatz, Grundbuchsatz und die Licitations-Bedingnisse können bei Gericht, der Ausweis der Steuern beim f. k. Steueramt eingesehen werden. Sollten jene Realitäten an obigen Terminen nicht an Mann gebracht werden, so wird zur Aufnahme erleichterter Bedingungen die Tagfahrt auf den 19. April 1865 um 11 Uhr Vormittags anberaumt, bei welcher sämtliche Hypothekengläubiger zu erscheinen haben, widrigens sie als dem Beiflisse der Mehrheit beigetreten angesehen würden. Von dieser Teilteilung werden die bekannten Gläubiger zu eigenen Händen, jene hingegen, denen der Licitationsbescheid rechtzeitig nicht zugestellt werden würde, oder welche nach dem 9. September 1864 in das Grundbuch gelangen sollten, und die unbekannten Gläubiger, durch den für dieselben bestellten Curator Herrn Advocaten Dr. Eisenberg und durch dieses Edict verständigt.

Biala, den 12. November 1864.

Nr. 16820. Edict.

(12. 2-3)

Vom f. k. Tarnower Kreis-Gerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Herrn Dr. Valerian Michaleczewski unbekannten Aufenthaltes, Herr C. Rimler unterm 22. Dezember 1864 Z. 24411 eine Wechselklage wegen Zahlung von 135 fl. ö. W. f. N. G. angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber der Zahlungsauftrag am 27. Dezember 1864 Z. 24411 erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das f. k. Landesgericht zu Krakau in Vertretung und auf des Belangten Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Herrn Dr. Witski mit Substitution des Hrn. Advocaten Dr. Korecki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach Wechselrecht verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem f. k. Landesgerichte anzeseignen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau am 27. Dezember 1864.

Nr. 16820. Edict.

(12. 2-3)

Vom f. k. Krakauer Landesgerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Herrn Dr. Valerian Michaleczewski unbekannten Aufenthaltes, Herr C. Rimler unterm 22. Dezember 1864 Z. 24414 eine Wechselklage pto. Zahlung von 500 fl. ö. W. f. N. G. angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber der Zahlungsauftrag am 27. Dezember 1864 Z. 24414 erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das f. k. Landesgericht zu Krakau in Vertretung und auf des Belangten Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Herrn Dr. Witski mit Substitution des Hrn. Advocaten Dr. Stojakowski mit Substitution des Hrn. Adv. Dr. Rutowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem f. k. Landesgerichte anzeseignen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krak